

Dampfmaschinen; um 1840 lassen sich in Preußen bereits rd. 500 solcher Anlagen registrieren. — Als Folge der stürmischen industriellen Entwicklung sind jedoch viele soziale Missstände zu verzeichnen, zu denen vor allem die Kinderarbeit gehört. 1839 ergeht deshalb u. a. ein Erlass, der das Mindestalter bei Kinderarbeit auf neun Jahre festlegt.

Ost- und Westpreußen auf dem Wege zu einer Provinz

Gebietsmäßige Veränderungen als Ergebnis des Wiener Kongresses bringen für Westpreußen vor allem die Wiedereingliederung der Städte Thorn und Danzig mit zugehörigem Umland. Beide Regionen hatten während der Kriegszeiten einen wirtschaftlichen Niedergang hinnehmen müssen. Vor allem Danzig hatte sehr gelitten; die Rückeroberung der Stadt durch russische Truppen im November 1813 wurde von ausgedehnten Bränden begleitet. Danzig mit seinem Umland in den Grenzen des napoleonischen Freistaates hat von 1807 bis 1814 von ehemals 85000 Einwohnern etwa 25000 Menschen verloren. — Die formelle Übergabe Danzigs durch die russischen Besatzer an Preußen vollzieht sich im Februar 1814, was mit der sofortigen Einführung einer neuen preußischen Verwaltung einhergeht. Ab 1816 übernimmt Danzig für zunächst acht Jahre die Hauptstadtfunktion für Westpreußen.

Bei der Wiener Grenzziehung für den Deutschen Bund bleiben Ost- und Westpreußen — wie auch das Posener Gebiet — zumindest formell außerhalb dieser Grenze. Im Osten entspricht die Grenzziehung für den Deutschen Bund damit weitgehend der einstigen Grenzfestlegung des früheren Heiligen Römischen Reiches. Praktische Auswirkungen ergeben sich mit dem Verbleib außerhalb der Bundesgrenze für die betroffenen Gebiete jedoch nicht, da sie als Teil Preußens gleichberechtigt in die Strukturen dieses Staates eingebunden sind. Hierzu gehört für alle preußischen Territorien vor allem die Einbeziehung in den wichtigen Zollverein.

Als Folge der Veränderungen in ganz Preußen wirkt sich nachteilig für Ost- und Westpreußen u. a. der Verlust eines bisher oft recht eigenständigen Handelns auf provinzieller

Ebene aus. Nachteilig wirkt sich zudem aus, dass beide Provinzteile zunehmend zugunsten westlicher Provinzen an wirtschaftlicher Bedeutung für den Staat verlieren. In dieser Phase tritt der im Tilsiter Gebiet geborene Theodor von Schön 1816 sein Amt als Oberpräsident von Westpreußen an. Als ehemaligem engem Mitarbeiter des Reformers vom Stein und Dank seiner engen Beziehungen zum König verfügt er über den Willen und den Rückhalt für Veränderungen. Von Schön knüpft an frühere Aufbauziele an; innerhalb weniger Jahre entstehen 400 neue Volksschulen. In seine Zeit fällt auch die Trennung noch bestehender Bindungen westpreußischer Gebiete an polnische Diözesen, wobei der katholische Klerus in Westpreußen selbst weiterhin mehrheitlich polnisch bleibt, was die Integration der polnischen Bevölkerung in ein preußisches Umfeld nicht unbedingt erleichtert. Ein erster Anlass für Konflikte mit katholischen Kirchenführern sind z. B. die neuen, heftig umstrittenen Regelungen zur Kindererziehung in religiösen Mischehen.

Die von dem preußischen König 1815 versprochene Verfassung lässt weiter auf sich warten. Anstelle eines Parlaments für den gesamten Staat existieren per Gesetz ab 1823 lediglich die Provinzialstände mit begrenzten Kompetenzen, denn es können nur die eigene Provinz betreffende Gesetzesvorlagen beraten, aber nicht beschlossen werden. Der erste 1824 in Königsberg tagende Landtag der gemeinsamen Provinz Ost- und Westpreußen setzt sich aus 48 Vertretern des Landadels, 28 Vertretern der Städte sowie 22 Repräsentanten der Landgemeinden zusammen.

Die Bevölkerungsstruktur in Westpreußen unterscheidet sich unverändert wesentlich von der der übrigen preußischen Provinzen. Eine Bestandsaufnahme für 1825 ergibt für das Gebiet Westpreußen etwa 500 000 deutsche gegenüber etwa 275 000 polnischstämmigen Bewohnern; in Ostpreußen dominiert ganz eindeutig die deutsche Bevölkerungsgruppe. Anders als in Posen zeigen die Aufstände von 1830 im russisch kontrollierten Königreich Polen weder in West- noch Ostpreußen irgendwelche Folgen.

1824 erfolgt die Zusammenlegung von Ost- und Westpreußen zur „Provinz Preußen“ bzw. zum Königreich Preu-

Ben; von Schön erhält die Führung über die zusammengelegten Landesteile und verlegt seinen Regierungssitz nach Königsberg. Die auf von Schön zukommenden Aufgaben sind gewaltig, denn nur wenige Landstriche haben sich bisher von den Verwüstungen bzw. dem Niedergang während der Kriegsjahre erholen können. Dem Aufbau der Provinz kommt deshalb zugute, dass für das gesamte Staatsgebiet Preußens bereits eindeutige Verwaltungsrichtlinien existieren, die jedem seine Aufgaben und Pflichten vorgeben.

Die immer wieder angekündigten Reformen zugunsten der Bauern warten weiterhin auf Initiatoren zur Umsetzung wohlgemeinter Vorhaben. Die Lage der Bauern verschärft sich sogar nochmals in den Jahren 1823–1827 durch eine regelrechte Agrarkrise; der für Ost- und Westpreußen wichtige Getreideexport kann nur mühsam seine früheren Märkte erreichen. Auch für viele Gutsbetriebe ist damit das wirtschaftliche Aus nicht mehr zu verhindern; zunehmend geht jetzt damit bisher adeliger Grundbesitz in bürgerliches Eigentum über. — Trotz der Krise in der Landwirtschaft ist eine Ausweitung der kultivierten Gesamtnutzfläche festzustellen; parallel dazu ist im Gegensatz zur Stadtbevölkerung bei der ländlichen Einwohnerschaft ein nennenswerter Zuwachs zu registrieren. Mit einem gegenwärtigen Anstieg der Bevölkerung um jährlich 1,8 Prozent liegen die vereinten Gebiete von Ost- und Westpreußen an der Wachstumsspitze aller preußischen Provinzen.

Die wenigen, bereits aus den Vorkriegsjahren stammenden Manufaktur- bzw. industriellen Unternehmen der Provinz können nur mühsam ihre frühere Bedeutung zurück-erlangen. Die kontinuierlich wachsende Wirtschaft im jetzt preußischen Rheinland überlässt der industriellen Entwicklung im Osten nur wenige Absatzmärkte außerhalb ihres unmittelbaren Einzugsgebietes.

Die Posener Region wird preußische Provinz

Ein Erfolg des Wiener Kongresses für Preußen ist die Rückkehr des Posener Gebietes, das sich in seinen Dimensionen aus dem westlichen Teil des einstigen Südpreußen sowie

dem südlichen Teil des Netzedistriktes zusammensetzt. Die östliche Grenze des Posener Territoriums zu Polen verläuft südlich von Thorn Richtung Warthe und von dort entlang des Warthe-Nebenflusses Prosna bis hin zur schlesischen Grenze. Mit dieser Grenzföhrung entsteht eine preußisch-polnische Staatsgrenze ohne unmittelbare Auswirkungen auf die bisherige Bevölkerungsstruktur, denn durchmischte deutsche und polnische Ansiedlungen bilden seit Jahrhunderten ein Merkmal dieses Gebietes. — Das Posener Territorium besitzt für Preußen vor allem strategische Bedeutung, denn es bietet für Schlesien und Brandenburg eine Pufferfunktion in Richtung Osten. Die neue Erwerbung erhält die formelle Bezeichnung „Großherzogtum Posen“; den Titel des Großherzogs trägt der preußische König. Dies ist eine offensichtliche Reaktion auf das „Königreich Polen“, in dem der russische Zar der königliche Würdenträger ist.

Bereits vor den Wiener Beschlüssen existierte mit dem preußisch-russischen Vertrag von Kalisch eine geheime Vereinbarung für das Posener Gebiet, mit der *„Seine Majestät der Kaiser aller Reußen Seiner Majestät dem König von Preußen ... gewährleistet, dass an das alte Preußen (Altpreußen) ein Gebiet angeschlossen werden soll, welches in allen, sowohl militärischen als geographischen Beziehungen die Provinz mit Schlesien verbindet.“* Zu weitergehenden territorialen Zugeständnissen war der Zar trotz Wohlwollens gegenüber dem preußischen König nicht bereit. Preußen soll sich gemäß einem Vorschlag des Zaren als Ausgleich für den Verlust einstiger polnischer Teilungsgebiete vor allem in Sachsen „schadlos halten“. Dass Sachsen dann tatsächlich über die Hälfte seines Gebietes an Preußen abzutreten hat, wird u. a. mit der „Kollaboration“ des Sachsenkönigs mit Napoleon begründet. Er soll dafür büßen, dass sein Land als Rheinbundstaat am längsten für die Sache Napoleons eingetreten war.

Innerhalb der Grenzen des Großherzogtums Posen mit 29000 qkm leben 1816 rd. 800000 Menschen; etwa 30 Prozent von ihnen gehören zur deutschstämmigen Gruppe. Anders als in den übrigen preußischen Provinzen östlich der Oder stellen in Posen die Polen somit die Mehrheit der Bevölkerung; in den östlichen Landstrichen liegt ihr Anteil teil-

weise bei über 80 Prozent. Lediglich in den westlichen und nördlichen Gebieten bilden deutsche Bewohner ein unwesentliches Übergewicht. Viele Deutsche sind zudem polonisiert, so dass zusammen mit dem jüdischen Bevölkerungsanteil von sieben Prozent ein recht buntes Volkstum vorherrscht. Die sich hieraus abzeichnenden Probleme sind den Verantwortlichen in Berlin sehr wohl bekannt, weshalb man dem Posener Gebiet zunächst eine Sonderstellung zugesteht und gegenüber dem polnischen Bevölkerungsteil zumindest formell Entgegenkommen signalisiert. Bereits in den russisch-preußischen Vereinbarungen über die veränderte Zuordnung polnischer Gebiete ist festgehalten, dass die Polen *„Institutionen erhalten sollen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern“*. Und selbst Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. wendet sich in einer Proklamation direkt an seine neuen polnischen Untertanen und sichert ihnen zu, dass sie ihre Nationalität nicht verleugnen müssen, dass sie ihre Sprache und ihre Religion pflegen können. Darüber hinaus soll polnischen Bürgern gemäß deren Fähigkeiten der Zutritt zu öffentlichen Ämtern sowie polnischen Adelligen der Weg zum preußischen Offiziersstand offen stehen.

Was allerdings ausbleibt, ist eine vertragliche Fixierung und Einhaltung der königlichen Ankündigungen. Dennoch besteht anfangs bei der polnischen Bevölkerung durchaus die Bereitschaft, sich an den königlichen Aussagen zu orientieren. Hierzu trägt auch bei, dass der polnische Fürst Radziwill als preußischer Statthalter mit Sitz in Posen eine Vermittlerrolle übernehmen soll. Zusammen mit dem polnischen Fürsten Sulkowski soll er im Preußischen Staatsrat die Interessen der polnischen Bevölkerung der Provinz vertreten. Beide Repräsentanten nutzen die mit ihrem Amt verbundenen Möglichkeiten aber kaum. Für Fürst Radziwill aus einer unermesslich reichen Adelsfamilie ist eine prachtvolle Hofhaltung in Posen und Berlin wichtiger, als die aktuelle Provinzpolitik. In diese Zeit fällt auch die Verlobung zwischen einer Radziwill-Tochter und dem künftigen Preußenkönig Wilhelm I. Nach Einspruch seines Vaters muss der Prinz die Verbindung jedoch wieder lösen, da die Auserwählte aus keinem „regierenden Hause“ stammt.

Mit dem Anschluss des südlichen Netzedistriktes an Posen fällt die Entscheidung für eine verwaltungsmäßige Aufteilung der Provinz in die Regierungsbezirke Posen und Bromberg. In der Stadt Posen mit jetzt 19000 Einwohnern (Bromberg zählt aktuell lediglich rd. 6000 Bewohner) haben der Oberpräsident, der polnische Statthalter und der katholische Erzbischof ihre Sitze. Ab 1829 beginnt der Ausbau der Stadt Posen zu einem preußischen Militärstandort von zentraler strategischer Bedeutung. — Außerhalb der Städte bestimmen die mehrheitlich polnischen Grundbesitzer weiterhin das Geschehen; anfänglich bleiben die insgesamt 26 Landratsposten von 23 polnischen Adeligen besetzt. Und auch in dem 1824 gegründeten Ständeparlament bzw. dem Provinziallandtag liegt die Mehrheit anfänglich bei den polnischen Repräsentanten, wobei den adeligen Großgrundbesitzern allein die Hälfte der Sitze zufällt.

Zu den ersten wichtigen kulturpolitischen Entscheidungen gehört die Einführung der Schulpflicht; für polnische Kinder bestehen zumindest offiziell keine Einschränkungen zum Besuch polnischsprachiger Klassen. Der preußischen Provinzregierung ist hierbei anfänglich durchaus zugute zu halten, dass ihre Bemühungen um Anpassung und Ausgleich zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerungsgruppe ernsthaft sind. Viele Vorhaben scheitern dennoch an begrenzten finanziellen und personellen Mitteln, zumal im benachbarten Westpreußen ähnlich umfangreiche Integrationsaufgaben zu meistern sind.

Trotz eines vom preußischen Staat vorgegebenen Integrationszieles entwickelt sich schrittweise bei vielen Polen in Posen eine antipreußische Einstellung. Insgeheim hoffen viele polnische Bewohner auf ein neues unabhängiges Polen, obwohl vor allem die russische Kontrolle über das nach dem Wiener Kongress neu geschaffene Königreich Polen keine Aussicht auf Eigenständigkeit erwarten lässt. Als sich dann in Warschau Aufstände gegen die russischen Oberherren organisieren, springt der patriotische Funke auch auf das Posener Gebiet über. Tausende junge Polen aus Posen und Westpreußen schließen sich den Aufständischen in Warschau an. Preußisches Militär schließt deshalb die östlichen